

Wirtschaftsstandort Deutschland

Prof. Dr. Michael Grömling
Institut der deutschen Wirtschaft (IW)
Köln, Deutschland



Wirtschaftsstandort Deutschland

1. Multiple Schocks belasten den Wirtschaftsstandort

Die beiden großen Schocks der letzten Jahre haben für die privaten Haushalte, die Unternehmen und die Staaten zu neuen Anpassungslasten und Herausforderungen geführt. Zuerst war ab Frühjahr 2020 die Corona-Pandemie eine Schock-Kombination mit vielfältigen Folgen (Grömling, 2023): (1) In kurzer Zeit wurden die Volkswirtschaften rund um den Globus vom Corona-Virus in Mitleidenschaft gezogen. Im Gegensatz zu anderen Rezessionen gab es kein globales ökonomisches Gegengewicht. Corona traf alle Länder nahezu gleichzeitig und löste eine echte Weltwirtschaftskrise und eine globale Investitionsschwäche aus. (2) Im Gegensatz zu vorhergehenden Konjunkturkrisen, die meistens durch einen spezifischen Schock (z. B. Ölpreisschock oder Finanzmarktkrise) ausgelöst wurden, entfaltete sich die Corona-Krise schnell als eine Kombination von multiplen Angebots- und Nachfrageschocks. Die Erkrankungen und die gesundheitspolitisch begründbaren Einschränkungen beeinträchtigten die Produktionsprozesse. Mitarbeiter fehlten, Vorleistungslieferungen blieben produktions- und transportbedingt aus und damit kamen zeitlich eng getaktete Produktionsnetzwerke bis ins Jahr 2023 hinein aus dem Tritt. Im Dienstleistungssektor brachten die Schließungen die Produktion, den Absatz und die Einnahmen zum Teil komplett zum Erliegen. Die Lockdown-Maßnahmen legten auch die Nachfrageseite teilweise lahm. Ein Teil der Konsummöglichkeiten fiel im Gefolge der Lockdowns schlichtweg aus. Beschäftigungs- und Einkommenssorgen verstärkten dies. Zudem gingen die für die Modernisierung der Volkswirtschaft wichtigen Ausrüstungsinvestitionen stark zurück. (3) Zumindest mit Blick auf Deutschland waren frühere Konjunkturkrisen in der Regel Industriekrisen. Die Pandemie und die zu ihrer Eindämmung vorgenommenen Maßnahmen trafen sowohl den Industriesektor als auch große Teile der Dienstleistungsökonomie. Letztere hatten in früheren Krisen meist die Konjunktur stabilisiert, diesmal kamen vor allem die personenbezogenen Servicefirmen selbst heftig unter Druck. (4) Die Unsicherheiten über den Verlauf der Pandemie und bezüglich eines Erfolgs bei der Suche nach Impfstoffen und Therapien sorgten zunächst auch für ökonomische Ungewissheiten – etwa hinsichtlich weiterer Erkrankungswellen und erneuter Lockdown-Maßnahmen. Politik und Bevölkerungen wurden von den mehrfachen und vom Umfang zunehmenden Infektionswellen immer wieder überrascht. Auch der weltweite Konjunktur-einbruch, die vielfältigen Transmissionskanäle, die breite sektorale Betroffenheit in hochgradig miteinander verflochtenen Volkswirtschaften sowie die fehlende Erfahrung mit der Wirksamkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen schufen multiple Verunsicherungen. Nicht zuletzt war auch nicht klar, wie sich die Menschen in einer derartigen Krise verhalten und inwieweit dies eine Rückkehr zu einem früheren Normal erschweren würde.

Die vergangenen Jahre haben deutlich vor Augen geführt, dass die Pandemie mit ihren vielfältigen Begleiterscheinungen einem zügigen Weg in die Normalität im Wege stand. Die Konsumerholung wurde durch mehrfache Infektionswellen und von den damit einhergehenden Einschränkungen immer wieder unterbrochen. Mit dem fortschreitenden Impferfolg kam zwar der Konsum wieder in die Normalisierungsspur. Die weltweiten Zuliefernetzwerke liefen aber immer noch nicht wirklich rund.

Auf diese in Teilen nicht im Normalmodus laufenden Volkswirtschaften setzen nun seit Februar 2022 die mit der russischen Invasion in der Ukraine einhergehenden Lasten und Verunsicherungen auf. Der Krieg wirkt vorwiegend über drei Transmissionskanäle (Grömling, 2022a; Grömling, 2023): (1) Zu den pandemiebedingten Liefer- und Produktionsproblemen kommen seit dem Frühjahr 2022 erhebliche Verunsicherungen hinsichtlich der Energieversorgung in einer Reihe europäischer Länder. Das Belastungsniveau hängt vom jeweiligen nationalen Energiemix und von der eigenen Ressourcenausstattung ab. (2) Die vor allem kriegsbedingten Versorgungsrisiken mit Energie und Rohstoffen haben in vielen europäischen Volkswirtschaften ungekannte Kostenschocks verursacht und sorgten in den Unternehmen für Verunsicherungen, zusätzliche Transaktionskosten und dies veränderte die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Steigende Arbeitskosten – mit dem verständli-

chen Ziel, die Kaufkraftverluste der privaten Haushalte zu begrenzen – können die Konkurrenzfähigkeit der Firmen und deren Absatzchancen zusätzlich verschlechtern. In Teilen ist eine Weitergabe dieser insgesamt stark ansteigenden Kosten an die Kunden nicht möglich, sodass Ertragsrückgänge drohen mit negativen Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit. (3) Das in vielen Ländern erheblich höhere Preisniveau auf der Erzeuger- und Verbraucherebene belastet unmittelbar die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Die hohen Inflationsraten zehren an der Kaufkraft der privaten Haushalte. Angesichts der unsicheren Wirtschaftsperspektiven und steigender Finanzierungskosten halten sich die Unternehmen mit ihren Investitionen zurück. Die Weltwirtschaft verliert erneut an Schwung und dies setzt dem Außenhandel in vielen Ländern zu.

Diese vielfältigen Anpassungslasten infolge der Pandemie und des Krieges bleiben nicht ohne Nachwirkungen auf das ökonomische System. Im Branchengefüge einer Volkswirtschaft bündeln sich über die Zeit all die vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen und Präferenzänderungen sowie die ganz unterschiedlichen Unternehmensstrategien und technologische Veränderungen. Darüber hinaus hinterlassen die Folgen der globalen politischen und ökonomischen Veränderungen sowie der nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Weichenstellungen an einem Wirtschaftsstandort ihre Spuren.

2. Deutschland – ein industriebasierter Standort

Worüber reden wir überhaupt, wenn wir vom «Wirtschaftsstandort Deutschland» reden und wodurch unterscheidet er sich gegebenenfalls von anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften? Dies wird im Weiteren kurz umrissen und darauf aufsetzend werden konkrete Megatrends aufgeführt, die für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland prägend sein werden. Aus dem Abgleich der künftig möglichen Nachfragepotentiale mit den dafür notwendigen Standortfaktoren kann abgeleitet werden, was wirtschaftspolitisch und gesellschaftlich getan werden muss, um aus der bestehenden Wirtschaftsstruktur heraus das künftige Produktionspotenzial für die Nutzung globaler Wachstumschancen zu gestalten.

Kurz vorweg (siehe Grömling, 2019): Der Wirtschaftsstandort Deutschland zeichnet sich durch einen hohen Industrieanteil aus, wobei die Bedeutung der Industrie durch den Leistungsverbund mit anderen Branchen noch deutlich höher ausfällt. Bislang ist privatwirtschaftliche Forschung in Deutschland im Wesentlichen Industrieforschung. Durch das hohe Gewicht von Investitionsgütern, bei einer insgesamt breiten Industriebasis, zählt Deutschland nach wie vor zu einem der wichtigsten «Ausrüster» der Welt. Das erklärt auch die Exporterfolge in Zeiten einer boomenden globalen Investitionstätigkeit (Grömling, 2016).

Vor dem Hintergrund dieser kurzen Beschreibung zeigt Abbildung 1 den Industrieanteil in Deutschland im internationalen Vergleich. Trotz des Rückgangs in den letzten fünf Jahren – infolge der beiden genannten Krisen und des vorher schon auftretenden Protektionismus – hat das Verarbeitende Gewerbe hierzulande eine im internationalen Verhältnis herausragende Stellung. Gut ein Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Leistung entfiel im Jahr 2022 auf die Industrie – einschließlich der Energieproduktion sind es 24 Prozent. Weitere knapp 6 Prozent entfielen auf die Bauwirtschaft. Den überwiegenden Teil der Volkswirtschaft von fast 70 Prozent machen die vielfältigen Dienstleistungsbereiche aus. Die Abbildung 1 zeigt auch, dass der Industrieanteil hierzulande seit Mitte der 1990er Jahre über weite Strecken konstant war. Bis zum Rückgang in den letzten Jahren gab es nur im Jahr 2009 infolge der globalen Finanzmarktkrise einen abrupten Einbruch auf unter 20 Prozent, der im Folgejahr aber wieder weitgehend ausgeglichen wurde. Wegen des globalen Investitionseinbruchs traf die Finanzmarktkrise in erster Linie die Industrie, deren nominale Wertschöpfung im Jahr 2009 um gut 15 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahr einbrach. Ähnliche Strukturverläufe wie Deutschland hatten – auf etwas niedrigerem Niveau – seit Mitte der 1990er Jahre die Schweiz und Österreich. Dagegen hatte die Industrie in einer Reihe von anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – vor allem im Vereinigten Königreich, Frankreich, USA und Italien – bis zur globalen Finanzmarktkrise kräftig an Bedeutung verloren hat. Die Industrieanteile im Vereinigten Königreich, den USA und Frankreich belaufen sich zuletzt auf rund die Hälfte des deutschen Niveaus.

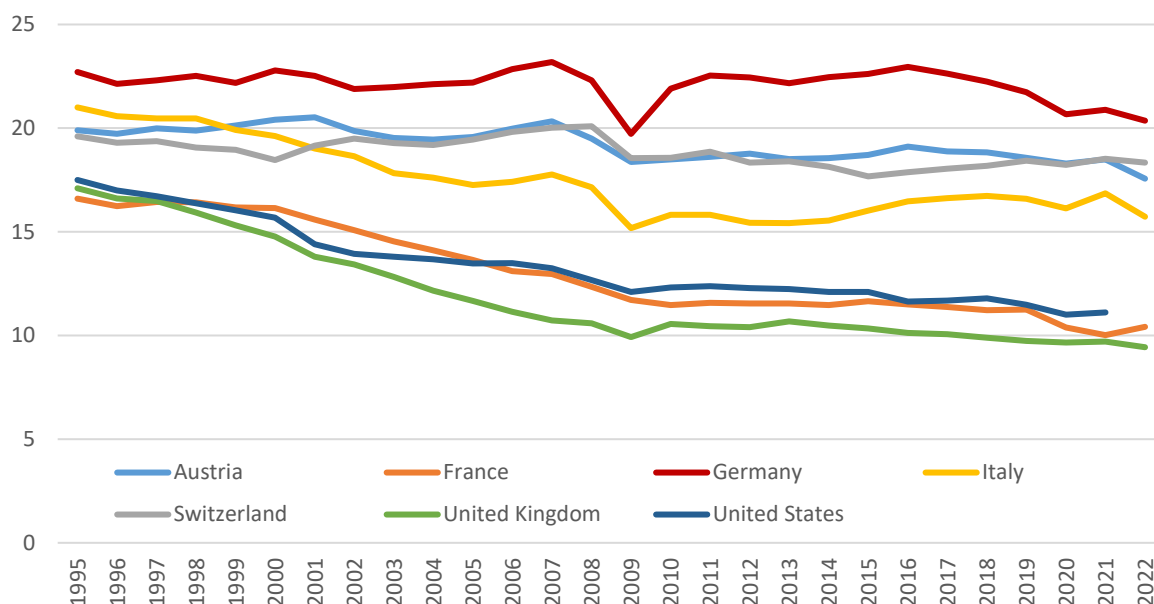


Abbildung 1: Industrieanteile im internationalen Vergleich

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent

Quelle: OECD; eigene Berechnungen

Kennzeichnend für die deutsche Wirtschaft ist auch ihre breite industrielle Basis, die hinter dem im internationalen Vergleich hohen Industrieanteil steht. Der Fahrzeugbau hatte 2019 mit einem Anteil von knapp 5 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen und von knapp 23 Prozent an der industriellen Wertschöpfung eine überragende Position. Daneben haben aber auch der Maschinenbau, die Elektroindustrie, die Metallindustrie und die Chemie- und Pharmaindustrie eine hohe Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. In Europa ist diese breite Industriebasis einzigartig. Besonders auffallend ist im Ländervergleich die hohe und vor allem seit Mitte der 1990er Jahre angestiegene Bedeutung des Investitionsgütersektors. Gemäß der OECD-Abgrenzung hatte in Deutschland die Investitionsgüterproduktion vor Ausbruch der Krisen einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 14 Prozent. Unter den europäischen Volkswirtschaften folgen Österreich mit knapp 10 Prozent sowie Schweden und die Schweiz mit gut 8 Prozent. In Frankreich und im Vereinigten Königreich hat die Produktion von Investitionsgütern nur noch ein Gewicht von gut 4 Prozent, in den USA sind es 5 Prozent. Daraus wird für die deutsche Wirtschaft eine hohe Sensibilität für globale Investitionszyklen erkennbar.

Für eine Bewertung der Branchenstruktur ist auch das enge Zusammenwirken von Industrie und Dienstleistern relevant. Das erklärt sich aus der hohen branchenübergreifenden Arbeitsteilung und der Kombination von industrieller Ware mit einem breiten Kranz an produktbegleitenden beziehungsweise industrienahen Dienstleistungen. Einen empirischen Eindruck dazu liefert der sogenannte Industrie-Dienstleistungs-Verbund. Dabei werden neben der direkten Wertschöpfung der Industrie auch die wechselseitigen Vorleistungsbezüge von Industrie und Dienstleistern berücksichtigt. Demnach entfällt auf die deutsche Industrie ein Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung von rund 29 Prozent – der Verbund beläuft sich dabei auf 8,5 Prozentpunkte. Das ist deutlich höher als in den anderen großen europäischen Volkswirtschaften.

Ein weiteres Charakteristikum für die deutsche Wirtschaft besteht darin, dass mit 85 Prozent der überwiegende Teil an privatwirtschaftlicher Forschung von der Industrie getätigt wird. Nur in Japan ist der Industrieanteil an den F&E-Ausgaben der Privatwirtschaft höher, in all den anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften erheblich niedriger – in Frankreich bei rund der Hälfte, im Vereinigten Königreich bei knapp 40 Prozent. Das ergibt sich aus der Wirtschaftsstruktur, weist aber auch auf deutliche Unterschiede und Ausgangspunkte in der sektoralen Forschungsinfrastruktur hin.

Mit Blick auf die Exportstruktur dominieren bei Deutschland mit 80 Prozent die Warenausfuhren, die vorwiegend aus Industriewaren bestehen. Vergleichbare Größenordnungen finden sich lediglich in Japan und Italien. Dabei konzentrieren sich die deutschen Industrieexporteure weniger auf den Bereich der Hightech-Güter, sondern in höherem Ausmaß auf das gehobene Segment der Mediumtech-Produkte – zu denen etwa Fahrzeuge und Maschinen zählen. Dies unterstreicht die hohe globale Bedeutung Deutschlands als Entwickler und Lieferant von Investitionsgütern.

3. Treiber des allgemeinen Strukturwandels

Der in Abbildung 1 sichtbare hohe und über weite Strecken konstante Industrieanteil in Deutschland darf nicht dahingehend interpretiert werden, dass es hierzulande keinen Strukturwandel gibt. Das hängt zum einen damit zusammen, dass der Blick auf den gesamten Industrieanteil darüber hinwegtäuschen kann, dass es innerhalb der großen Sektoren zu Verschiebungen mit unterschiedlichen Richtungen kam. Zum anderen gibt es ganz unterschiedliche Erklärungen für den strukturellen Wandel, die auch zu gegenläufigen Effekten führen können. Die Wirtschaftsstruktur ist, wie bereits bemerkt, ein Sammelbecken für ganz unterschiedliche gesellschaftliche, politische und ökonomische Einflüsse (Grömling/Lichtblau/Weber, 1998).

Präferenz- und Konsumwandel: Mit steigendem Wohlstand verschiebt sich die Nachfrage- und Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft in Richtung Dienstleistungen. Die privaten Haushalte kaufen verstärkt (hochwertige) Dienstleistungen, zum Beispiel in den Bereichen Freizeit, Finanzen oder Kultur. Präferenzänderungen der Konsumenten – etwa infolge der Digitalisierung oder des Klimawandels – treffen Unternehmen und Branchen in ganz unterschiedlicher Weise. Außerdem verlangen die Konsumenten beim Kauf von Industriewaren eine Reihe von produktbegleitenden Dienstleistungen. Vor allem die steigende Komplexität moderner Gesellschaften stimuliert die Nachfrage nach wissensintensiven Dienstleistungen. Und nicht zuletzt dürfte die demographische Entwicklung die Nachfrage der privaten Haushalte nach Dienstleistungen forcieren. Mit einem zunehmenden Durchschnittsalter verlieren Waren und gewinnen haushaltsnahe Dienste, zum Beispiel im Gesundheits- und Sozialwesen, an Bedeutung.

Tertiärisierung der Produktion: Es ändert sich aber nicht nur das, was produziert wird, sondern auch die Art und Weise, wie produziert wird. Unternehmen wandeln sich zum Teil zu sogenannten hybriden Unternehmen, die Industriewaren und Dienstleistungen anbieten. Wettbewerbsvorteile gegenüber in- und ausländischen Konkurrenten entstehen oftmals gerade durch produktbegleitende Dienste – wie gemeinsame Forschung und Entwicklung von Kunde und Hersteller. Parallel zu dieser Ausweitung des betrieblichen Leistungsangebots ist zu beobachten, dass sich Industrieunternehmen auf der Produktionsebene über einen längeren Zeitraum auf ihr Kerngeschäft konzentriert haben und bestimmte Leistungen an Spezialunternehmen auslagerten. Die Verfügbarkeit von Spezialwissen, Qualitätsdifferenzen, Kostenunterschiede und Kapazitätsengpässe sprechen für dieses Outsourcing. Beide Trends begünstigen direkt den Dienstleistungssektor, stärken zugleich aber auch die Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Internationalisierung: Veränderungen der Produktionsprozesse und des Branchengefüges entstehen auch dann, wenn bislang im Inland erstellte durch aus dem Ausland bezogene Industriekomponenten substituiert werden. Die Öffnung von Ländern und die Liberalisierung von Märkten haben über eine gewisse Zeit für eine Restrukturierung der Produktionsprozesse gesorgt. Für dieses Offshoring können Spezialisierungs- und Kostenvorteile sprechen, aber auch der Zugang zu Produktionsfaktoren. So hat auch die nationale Energiepolitik einen Einfluss auf die Standort- und Produktionsentscheidungen von Unternehmen – der Krieg macht dies mehr als deutlich. Auch hier sind Effekte in beide Richtungen möglich: Internationalisierung substituiert inländische Industrieproduktion, stärkt sie zugleich aber auch über die Vorleistungseffekte im Rahmen der globalen Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig eröffnet die Globalisierung neue Märkte, was ebenfalls auf die Inlandsproduktion positiv zurückwirken kann. Der gewaltige Aufholprozess der Schwellen- und Entwicklungsländer in der vergangenen Dekade hat zu einem ebenso gewaltigen globalen

Investitionsboom geführt, der schließlich vor allem die stärker auf Investitionsgüter konzentrierten Länder begünstigte und damit dort die industrielle Inlandsproduktion und die Exporttätigkeit (Grömling, 2016).

Technologischer Wandel: Und nicht zuletzt führen Produkt- und Prozessinnovationen zum Strukturwandel auf der Güter- und Produktionsebene. Der internationale Wettbewerb setzt wiederum in den Branchen unterschiedliche Anreize für Innovationen. Die Industrie, aber zum Teil auch Dienstleistungsunternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, erfahren einen stärkeren Innovationsdruck. Der angesprochene hohe Industrieanteil an der privatwirtschaftlichen Forschung in Deutschland untermauert dies. Zudem bestimmen neue Basistechnologien – wie die Digitalisierung – auch die drei vorweg aufgezeigten Treiber des Strukturwandels. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien werden in Gesellschaft und Wirtschaft schon seit mehreren Dekaden vielfach eingesetzt. Gleichwohl scheint das Tempo der «digitalen Revolution» infolge fortschreitender Innovationen und der wachsenden Bedeutung von Netzwerken schneller zu werden. Die Pandemie dürfte die Notwendigkeit forciert und den Erfolg einer zunehmenden Vernetzung und Digitalisierung begünstigt haben. Generell werden von der Digitalisierung eine Reihe von Vorteilen erwartet (Demary et al., 2022): Dazu zählen Effizienzgewinne und Kostenersparnisse infolge digitalisierter Produktions- und Geschäftsprozesse. Diese Prozessinnovationen sollten die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit stärken und dies hilft auch neue Märkte zu erschließen. Neue Kunden werden zudem durch moderne digitale Güter, also Produktinnovationen, gewonnen. Digitale Plattformen ermöglichen eine neue Organisation und Steuerung von (internationalen) Wertschöpfungsketten als auch völlig neue digitale Geschäftsmodelle. Die staatlichen Rahmenbedingungen (z.B. digitale Infrastruktur, E-Government, digitaler Rechtsrahmen) entscheiden mit darüber, ob ein Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb mithalten kann. Jedenfalls spielen bislang die digitalen Plattformen in den USA und China die maßgebliche globale Rolle. Diese Startvorteile – vor allem die große Anzahl an Nutzern und die damit einhergehenden Netzwerkeffekte – stellen eine Herausforderung für Europa dar.

4. Standorteffekte der Megatrends

Diese generellen Treiber der Struktur eines Wirtschaftsstandorts werden zum einen von den beiden großen Schocks der letzten Jahre – der Pandemie und den geopolitischen Verwerfungen im Gefolge des Krieges in der Ukraine und der Neupositionierung von großen Schwellenländern – beeinflusst. Zum anderen wirken große Megatrends über diese vier Wege auf den Wirtschaftsstandort und das gesamtwirtschaftliche Branchengefüge ein. Drei dieser großen Trends (Grömling/Hass, 2009) – Demografie, Klimawandel und Ressourcenknappheit – werden im Folgenden thematisiert.

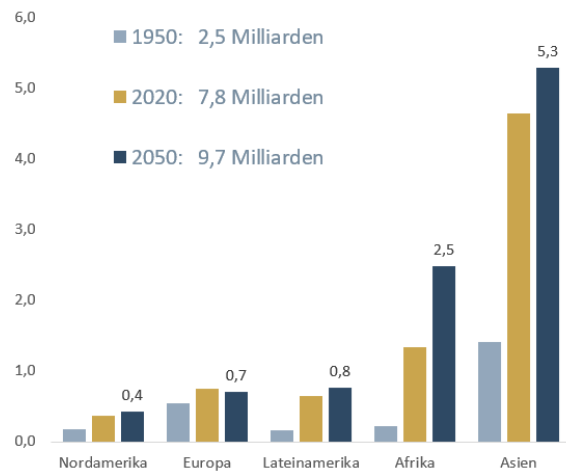
Letztlich resultiert der Erfolg eines Wirtschaftsstandorts aus dem Zusammenwirken von dem dort produzierten Angebot an Waren und Dienstleistungen einerseits und der Nachfrage nach eben diesen Gütern andererseits. Je offener eine Volkswirtschaft aufgestellt ist, umso bedeutsamer sind die globalen Bedürfnisse.

4.1. Herausforderung Demografie

Mit Blick auf die demografische Entwicklung sind zwei Trends zu unterscheiden: Zum einen wird die Weltbevölkerung weiter zunehmen. Bis zum Jahr 2050 wird sie gemäß der mittleren Variante der UN-Prognose von derzeit rund 8 Milliarden Menschen auf 9,7 Milliarden ansteigen (Abbildung 2). Der gesamte Zuwachs wird auf die heutigen Entwicklungs- und Schwellenländer entfallen. Im Jahr 2050 leben demnach nur gut 11 Prozent der Weltbevölkerung in Europa und Nordamerika. Neben dem Bevölkerungswachstum setzt sich die Urbanisierung weiter fort. Lebten im Jahr 1950 noch 72 Prozent der damals 2,5 Milliarden Menschen auf dem Land und 28 Prozent in Städten, so waren die Anteile im Jahr 2008 erstmals in der Geschichte der Menschheit ausgeglichen. Bis zum Jahr 2050 wird sich von heute aus gesehen die Anzahl der Stadtbewohner auf 6,7 Milliarden nahezu verdoppeln. Zwei Drittel der Weltbevölkerung leben dann in Städten. Die in Mega-Städten schon heute oftmals unzureichende Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur macht enorme Investitionen notwendig. Die Pandemie hat diese Folgen der Urbanisierung deutlich

vor Augen geführt. Investitionsgüterproduzenten, die international gut aufgestellt sind, dürften angesichts der wachsenden und sich im Raum verdichtenden Weltbevölkerung lebensnotwendige Nachfragepotenziale bedienen können.

Bevölkerung nach Regionen in Milliarden Menschen



Land- und Stadtbevölkerung in Milliarden Menschen

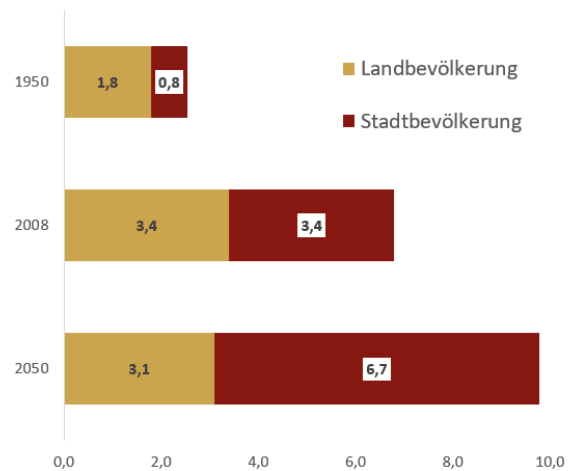


Abbildung 2: Wachstum und Urbanisierung der Weltbevölkerung

Quelle: United Nations (UN); eigene Darstellung

Auch in Deutschland ist die Bevölkerungszahl – entgegen bisherigen Erwartungen – in den letzten Jahren angestiegen und hat zum Jahresende 2022 mit deutlich über 84 Millionen Personen einen Rekordwert verzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahresende stieg die Anzahl der Einwohner um über eine Million an – vor allem infolge des Krieges in der Ukraine. Seit dem Jahr 2010 hat sich die Bevölkerungszahl hierzulande um über 4 Millionen erhöht. Die Corona-Pandemie hatte zunächst die Nettozuwanderung in den Jahren 2020 und 2021 deutlich vermindern, bevor es bedingt durch den Krieg und die gesamte geopolitische Lage zu einem erneuten Anstieg kam. Der zunächst prognostizierte Rückgang der Bevölkerung ist aufgrund hoher Migration nicht eingetreten. Gleichwohl wird in der laufenden Dekade ein weitreichender demografischer Wandel einsetzen. Dabei wird sich wie in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Bevölkerungsstruktur hin zu den Älteren verschieben und das Gewicht der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung wird deutlich abnehmen. Dies ist ein globales Phänomen – auch in den Schwellenländern verschiebt sich die Bevölkerungsstruktur hin zu den Älteren. In Deutschland kommt es vor allem bis Mitte der 2030er Jahre zu einer anhaltenden Alterung der Bevölkerung. Das resultiert aus dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre aus dem Erwerbsleben und dem nicht ausreichenden Eintritt von jungen Menschen ins Berufsleben. Die Zuwanderung nach Deutschland wird diese Alterung der Gesellschaft voraussichtlich nicht grundlegend aufhalten. Mit Blick auf die aktuell vorliegenden Bevölkerungsprojektionen wird sich nicht nur die Bevölkerungsstruktur verschieben, sondern auch in absoluten Größen nimmt das Erwerbspersonenpotenzial (Einwohner im Alter vom 18. bis zum 67. Lebensjahr) im hier aufgezeigten Analysezeitraum schätzungsweise um mehr als 5 Millionen Personen oder ein Zehntel ab.

Daraus folgt unmittelbar, dass die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung von einem absolut und relativ kleiner werdenden Teil der Bevölkerung erbracht werden muss. Daraus allein entstehen ökonomische Anpassungslasten – etwa bei der Finanzierung des allgemeinen Staatshaushaltes sowie der sozialen Sicherungssysteme. Dies schafft zusätzliche Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik – wie etwa bei der Finanzierung von öffentlichen Investitionen und Infrastrukturen. Da die demografischen Veränderungen in regionaler Hinsicht nicht gleichmäßig erfolgen, ergeben sich voraussichtlich auch merklich unterschiedliche raumwirtschaftliche Produktions- und Wachstumseffekte in den kommenden beiden Dekaden. Auch die Herausforderungen infolge der weiteren, hier angesprochenen Megatrends – Klimawandel und Ressourcenknappheit – werden durch den vorgezeichneten demografischen Wandel nicht kleiner. Denn dies erfordert vielfältige Innovationen und einen

forcierten technologischen Fortschritt. Dieser wiederum basiert auf gut ausgebildeten Fachkräften. Es steht allerdings zu befürchten, dass der allgemeine demografische Wandel zu einem ausgeprägten Rückgang an Fachkräften führt und die bereits bestehenden Fachkräftengpässe am Wirtschaftsstandort Deutschland verschärfen wird. Ob die Fachkräftesicherung gelingt, hat dann auch unmittelbare Bedeutung für die Auseinandersetzung mit den weiteren ökonomischen Veränderungen und Herausforderungen.

4.2. Herausforderung Klimawandel

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geht davon aus, dass sich die Oberflächentemperatur der Erde weiter erhöhen wird (IPCC, 2023). Wenngleich das konkrete Ausmaß offen ist, sind global ernstzunehmende Anpassungslasten zu erwarten. Die Beeinträchtigungen durch den Klimawandel treffen die Kontinente, einzelne Volkswirtschaften und darunter Regionen voraussichtlich ganz unterschiedlich. Klimatische Veränderungen führen zu direkten Beeinträchtigungen der Natur (konkret etwa beim Festlandeis, Permafrostboden, Regenwälder, Meeresströmungen, Vegetationszonen). Daraus können vielfältige gesellschaftliche und ökonomische Anpassungslasten entstehen. Als ein konkretes Beispiel für Letzteres können etwa Infrastrukturstörungen durch ungewöhnlich starke Unwetter sowie länger anhaltende Niedrigwasserphasen genannt werden. Auch physische Schäden an den Produktionsanlagen und permanente Produktionseinschränkungen – etwa in der Landwirtschaft – sind zu bedenken. Dies in Kombination mit einem hohen Bevölkerungswachstum kann Migration innerhalb und zwischen Ländern auslösen. Eine Reihe von ernsthaften gesellschaftlichen Veränderungen ist denkbar. All dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die globale Nachfrage nach Gütern und Problemlösungen, auf die Produktivität der Unternehmen und das Branchengefüge eines Wirtschaftsstandorts.

4.3. Herausforderung Ressourcenknappheit

Um Waren, aber auch Dienstleistungen zu erstellen, werden eine Vielzahl von ganz unterschiedlichen Rohstoffen gebraucht. Dies haben die Pandemie mit ihren vielfältigen Lieferstörungen und Materialknappheiten und der Krieg mit seinen Auswirkungen auf die globale Energie- und Rohstoffversorgung abrupt vor Augen geführt. Es geht um die Versorgung mit Energierohstoffen (z. B. Öl und Gas), Industrierohstoffen (z.B. Kupfer, Aluminium, Seltene Erden) und Agrarrohstoffen (z.B. Getreide, Öle, Holz, Kautschuk). Aufgrund der natürlichen sowie der politisch verursachten Knappheit von Rohstoffen – was auch im Zusammenhang mit der steigenden Weltbevölkerung zu sehen ist – ist eine Entkopplung der weltwirtschaftlichen Produktion vom Rohstoffverbrauch notwendig. Erforderlich ist eine absolute Entkopplung durch eine Reduzierung der Ressourcenintensität in der Produktion und beim Endverbrauch. Dies birgt gerade für Industrieunternehmen einen hohen Anpassungsbedarf, aber auch Chancen für die Entwicklung von Alternativen und Technologien, um die Ressourcenproduktivität zu steigern.

5. Nachfragechancen und Angebotspotenziale

Welche Bedeutung haben diese zentralen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Wirtschaftsstruktur? Zum einen bedeuten sie für die unternehmerischen Produktionsprozesse ganz unterschiedliche Anpassungen und Restrukturierungen. Konkret können Fachkräfte sowie die Energie- und Rohstoffversorgung genannt werden. Zum anderen dürfte es unbestreitbar sein, dass sich viele der mit diesen großen globalen Herausforderungen verbundenen Probleme nur mit Hilfe von industriellen Lösungen angehen lassen. Dabei ist das bereits angesprochene enge Agieren von Industrie- und Dienstleistungsfirmen zu berücksichtigen. Deutschland hat mit seiner modernen Industrie gute Chancen, auch in Zukunft an der Bewältigung der mit diesen Megatrends einhergehenden Anpassungen mitzuwirken. So sind etwa der Maschinenbau, die Elektroindustrie und die Informationstechnologie entscheidende Antreiber in Sachen Umwelt- und Verfahrenstechnik. Auch die Chemische und Pharmazeutische Industrie können einen großen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel und zur Steigerung der Ressourceneffizienz leisten. Eine globale Dimension haben die Perspektiven der Energie- und Automobilwirtschaft sowie der Ernährungswirtschaft. Global agierende Bau- und Baustoffunternehmen können davon profitieren, dass eine wachsende Weltbevölkerung steigende Infrastrukturinvestitionen nach

sich zieht und dies in effizienter Weise nur mit modernen Technologien zu bewerkstelligen ist. Nicht zuletzt haben auch jene Branchen gute Chancen, die die Nachfrage von älteren Menschen bedienen. Hierzu zählen zum Beispiel die Pharmaindustrie, die Biotechnologie, die Medizintechnik und die industriellen Ausstatter von Gesundheitsdiensten. Der nochmalige Verweis auf die Netzwerk- und Verbundeffekte für die vielfältigen unternehmensnahen Dienstleister ist relevant.

Um diese künftigen globalen Nachfragepotenziale, die sich neben den generellen Treibern des Strukturwandels vor allem aus den drei aufgezeigten Megatrends ergeben, aufgreifen zu können, ist es allerdings erforderlich, die Angebotsseite der Wirtschaft permanent zu entwickeln. In einer groben Abgrenzung zählen dazu die Arbeitskräfte und ihre vielfältigen Qualifikationen (Humankapital) sowie die Ausstattung mit Sachkapital der unterschiedlichsten Art einschließlich der breit verstandenen Infrastrukturen. Als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks kann auch das Naturkapital (Ausstattung mit Energie- und Rohstoffen) verstanden werden. Der technologische Wissensbestand einer Volkswirtschaft, der sich wiederum aus den Bildungs- und Forschungsanstrengungen ergibt, ist ebenfalls von fundamentaler Bedeutung für die Angebotsseite einer Volkswirtschaft.

Ob und in welcher Qualität all diese Produktionsfaktoren in Zukunft zur Verfügung stehen, hängt von den jeweiligen Investitionen ab. Das ist zentral für das Verständnis langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung, aber auch der Bewältigung von außergewöhnlichen Herausforderungen. Allein der absehbare Rückgang an Erwerbspersonen erfordert einen Mehreinsatz an Kapital und technologischem Wissen, um unseren Lebensstandard überhaupt erst auf dem gegenwärtigen Niveau halten zu können. Der Klimawandel erfordert ebenso vielfältige Investitionen in Humankapital, Sachkapital, Infrastrukturen, technologisches Wissen, in effiziente und ressourcenschonende Nutzungsformen von Naturkapital.

6. Kapitalschwacher Wirtschaftsstandort

Die Ausgangsbasis dafür ist jedoch nicht günstig (Grömling, 2022b): Im Durchschnitt der letzten beiden Dekaden lag der Beitrag der Kapitalbildung zum Wirtschaftswachstum bei nur noch 0,5 Prozentpunkten pro Jahr. Das ist nur noch gut die Hälfte des Impulses, während der 1980er und 1990er Jahre, ganz zu schweigen von den hohen Kapitalstockeffekten in den Dekaden zuvor. Die zuletzt «kapitalarme» Wachstumsperformance in Deutschland stellt somit eine schlechte Ausgangslage für die zukünftig notwendige Investitionstätigkeit zur Bewältigung der aufgezeigten Herausforderungen dar. Zukünftig sind erheblich höhere Investitionen notwendig. Dafür müssen jedoch auch die investiven Rahmenbedingungen in Deutschland verbessert werden – auch mit Blick auf den zunehmenden internationalen Standortwettbewerb angesichts der geoökonomischen Fragmentierungen.

Eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (Grömling/Bardt, 2023) liefert eine empirische Evidenz für die gegenwärtigen Probleme am Wirtschaftsstandort Deutschland. Die beiden großen Schocks der letzten Jahre – die Pandemie und die russische Invasion der Ukraine und die damit einhergehenden geopolitischen Risiken – belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Wirtschaftsstandort Deutschland. Infolge der Pandemie entstanden vor allem im Jahr 2021 historisch hohe Materialengpässe und entsprechende Kostenanstiege für Vorleistungen und Rohstoffe. Darüber hinaus haben die kriegsbedingten Versorgungsrisiken mit Energie und Rohstoffen für zusätzliche Kostenbelastungen gesorgt. Diese hohen und kumulativen Kostenschocks schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industriefirmen – und das in einer sich abschwächenden Weltwirtschaft. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die künftige Investitionstätigkeit und somit auf die kapitalgetriebene Entwicklung des Wirtschaftsstandorts.

Mit der IW-Konjunkturumfrage vom Sommer 2023, an der rund 2.100 Unternehmen teilnahmen, wurden die Belastungen deutscher Firmen mit verschiedenen Kostenkategorien vermessen (Grömling/Bardt, 2023). Dabei ging es um die Kosteneffekte infolge der Pandemie und des Ukraine-Krieg auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland. Dazu wurde zum einen gefragt, wie sich bestimmte Kostenfaktoren im Gefolge der beiden Schocks auf die Wettbewerbsfähigkeit des befragten Unternehmens ausgewirkt haben. Zum anderen wurde gefragt, für wie dauerhaft die Kosteneffekte auf ihre eigene

Wettbewerbsfähigkeit von den Unternehmen eingeschätzt werden. Dies soll eine empirische Grundlage dafür liefern, ob eine bleibende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit infolge der genannten Kostenschocks zu erwarten ist. Dies wiederum ist relevant für die Abschätzung von langfristig wirksamen strukturellen Anpassungen am Wirtschaftsstandort Deutschland.

Abbildung 3 zeigt, dass von den befragten Industrieunternehmen im Vergleich mit der Situation vor den beiden Krisen die stärkste Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch die höheren Strompreise gesehen wird. Gut vier von zehn Industriefirmen geben an, dass die Veränderung der Stromkosten ihre Wettbewerbsfähigkeit in einem deutlich stärkeren Ausmaß belastet. Für rund ein Drittel der Betriebe gilt dies auch infolge der Entwicklung der Gaspreise und der Lohnkosten. Höhere Material- und Rohstoffkosten werden von den Industriefirmen trotz der zwischenzeitlichen Entspannungen auch am aktuellen Rand als Problem für ihre Wettbewerbsfähigkeit genannt. Vonseiten der Steuern und Abgaben wurde die Wettbewerbsfähigkeit zuletzt nicht in hervorragender Weise belastet. Gleichwohl sollte dies nicht als unproblematisch interpretiert werden. Hier gab es zuletzt zwar keine hohen Steigerungen, aber im internationalen Vergleich weist Deutschland ein hohes Belastungsniveau auf. Das dürfte auch für die Arbeitsmarktregulierungen zutreffen. Höhere Finanzierungskosten, etwa im Gefolge der zuletzt deutlich angestiegenen Kreditzinsen, werden über alle Branchen hinweg von jeweils rund einem Fünftel der befragten Unternehmen als Grund für eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit angeführt.

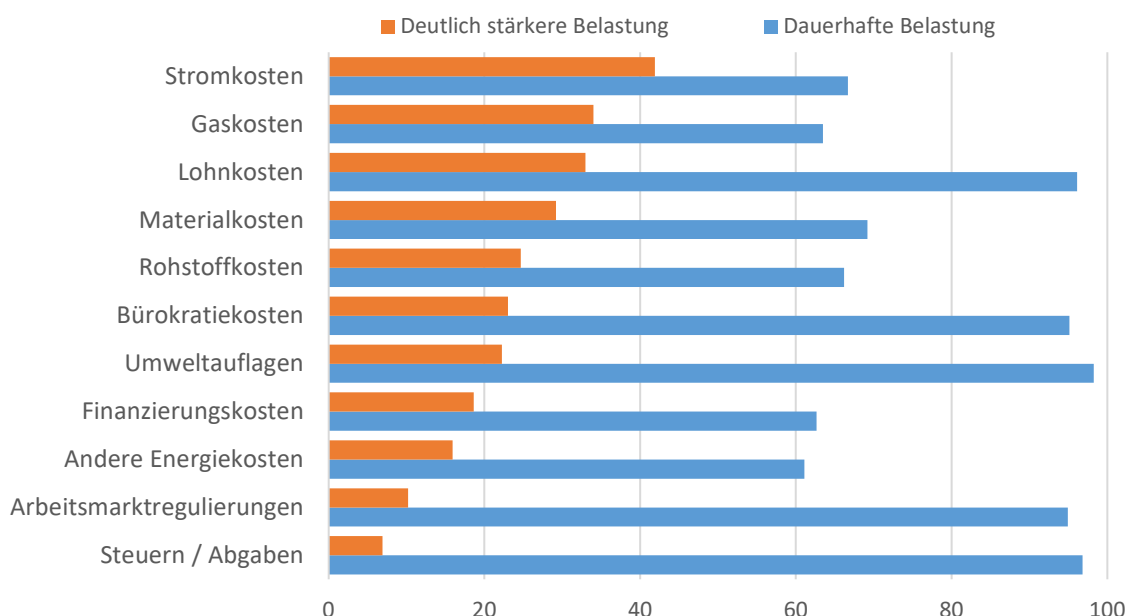


Abbildung 3: Kostenbelastungen der deutschen Industrie

Anteil von Industrieunternehmen mit deutlich stärkeren Kostenbelastungen für ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie Anteil von Industrieunternehmen, die für ihr Unternehmen dauerhafte Kosteneffekte auf ihre Wettbewerbsfähigkeit erwarten, in Prozent.

Zugrunde liegende Frage: Welche Kostenfaktoren belasten derzeit die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens? Veränderung im Vergleich mit der Zeit vor der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine.

Anteile auf Basis gewichteter Ergebnisse der IW-Konjunkturbefragung im Juni 2023 unter 2.086 Unternehmen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Hinsichtlich der Permanenz der Kostenschocks variiert die Reihenfolge der Kostenargumente. Dazu wurden nur diejenigen Unternehmen ausgewertet, die beim ersten Fragekomplex von einer Verschlechterung durch eine zunehmende Kostenbelastung ausgingen. Der Befund zum zweiten Fragenkomplex soll eine empirische Einschätzung dazu liefern, ob eine bleibende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit infolge der genannten Kostenschocks zu erwarten ist – mit den entsprechenden Implikationen für den Wirtschaftsstandort. Neben den Lohnkosten werden von den Industrieunternehmen – und dies deckt sich weitestgehend auch mit den Einschätzungen von den Unternehmen der Bauwirtschaft und

im Dienstleistungssektor – vor allem von den staatlich verursachten Kostenfaktoren dauerhafte Belastungen für ihre Wettbewerbsfähigkeit vorgebracht. Dabei geht es konkret um die Umweltauflagen, die Arbeitsmarktregulierungen, die Höhe der Steuern und Abgaben sowie um die Bürokratiekosten. Mehr als neun von zehn Industriefirmen erkennen von diesen staatlich verursachten Kostenfaktoren eine dauerhafte Beeinträchtigung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Auch die infolge der beiden Krisen angestiegenen Energie-, Rohstoff- und Materialpreise werden von rund zwei Dritteln der Industrieunternehmen als eine dauerhafte Belastung für ihre Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Im Umkehrschluss geht also nur rund ein Drittel der befragten Unternehmen davon aus, dass sich diese Kosteneffekte wieder zurückbilden und keine bleibende Bürde für die Wettbewerbschancen am Industriestandort Deutschland darstellen.

Diese außergewöhnlichen Veränderungen der industriellen Rahmenbedingungen müssen im gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Raum ernst genommen werden. Es gilt einen breiten Konsens für die folgenden zentralen Ansatzpunkte zur Forcierung von Investitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaffen:

1. Sichere Energieversorgung und wettbewerbsfähige Energiepreise
2. Funktionsfähige Infrastrukturen
3. Modernes Bildungs- und Forschungswesen
4. Wettbewerbsfähige Steuern und Kosten (z.B. Bürokratiekosten)

7. Literatur

- [1] Demary, Vera / Matthes, Jürgen / Plünnecke, Axel / Schaefer, Thilo (Hrsg.). 2021, Gleichzeitig: Wie vier Disruptionen die deutsche Wirtschaft verändern. Herausforderungen und Lösungen, IW-Studie, Köln
- [2] Grömling, Michael, 2014, A Supply-Side Explanation for Current Account Imbalances, in: Intereconomics, 49. Jg., Nr. 1, S. 30–35
- [3] Grömling, Michael, 2019, Industrieller Strukturwandel im Zeitalter der Digitalisierung, in: ifo Schnelldienst, 72. Jg., Nr. 15, S. 8–12
- [4] Grömling, Michael, 2022a, Wirtschaftliche Effekte des Krieges in der Ukraine – Ausgangslage und Übertragungswege, IW-Report, Nr. 14, Köln
- [5] Grömling, Michael, 2022b, Kapitalarmes Produktivitätswachstum in Deutschland – eine schwere Ausgangslage, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 75. Jahrgang, Nr. 9, S. 32–37
- [6] Grömling, Michael, 2023, Quo vadis deutsche Wirtschaft? Die Herausforderungen der Gegenwart aus makroökonomischer und konjunktureller Sicht, in: BUaktuell, Ausgabe 1/2023, General Reinsurance, Köln
- [7] Grömling, Michael / Bardt, Hubertus, 2023, Unternehmen befürchten dauerhafte Kostenbelastungen, in: Wirtschaftsdienst, 103. Jahrgang, Nr. 8, S. 539–545
- [8] Grömling, Michael / Haß, Hans-Joachim, 2009, Globale Megatrends und Perspektiven der deutschen Industrie, IW-Analysen, Nr. 47, Köln
- [9] Grömling, Michael / Lichtblau, Karl / Weber, Alexander, 1998, Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung, Köln
- [10] IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change, 2023, Climate Change 2023. Synthesis Report, Genf